

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) VRCh praktiziert Anerkennung der Zugehörigkeit Westberlins

Der neue Botschafter der VR China in Bonn, Wang Yü-t'ien, der kürzlich sein Amt angetreten hat, reichte am 11.7.73 seine Visitenkarte beim Regierenden Bürgermeister ein. Nach diplomatischem Brauch übermitteln alle Botschafter in Bonn nach ihrer Amtübernahme den Ministerpräsidenten der Länder ihre Visitenkarte (FAZ, 12.7.73).

Mit dieser Geste machte der chinesische Botschafter deutlich, daß seine Regierung die diplomatische Einheit von Westberlin mit der Bundesrepublik anerkenne.

Im Gegensatz dazu weigerte sich der neue sowjetische Generalkonsul in Westberlin, Yuri M. Scharkow, ähnlich zu verfahren, da er in diesem Fall an der Fahne der Bundesrepublik hätte vorbeigehen müssen, die in der Wandelhalle des Rathauses aufgehängt ist.

Auch im Handelsabkommen, das am 5. Juli unterzeichnet wurde (Text C.a. 73/7 - 384 f) findet sich eine eindeutige Berlin-Klausel (Artikel 7: "Dieses Abkommen gilt im Einklang mit der bestehenden Lage auch für Berlin-West."). Im übrigen unterstützt Peking voll die deutsche EG-Politik und spricht sich auch positiv über die NATO aus.

Die Motive hinter der "Wiedervereinigungsstrategie à la China" sind ohne Zweifel von antisowjetischen Kriterien getragen. Es geht den Chinesen nicht unmittelbar um die Wiedervereinigung - man weiß sehr wohl, daß sich die heute entstandene faktische Lage in Deutschland nicht von heute auf morgen verändern läßt -, sondern um Gesten antisowjetischen Charakters.

(2) Minister Eppler zur chinesischen Entwicklungspolitik

In einem Interview mit der Zeitschrift "Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für Internationale Probleme" sagte BMZ-Minister Eppler, es dürften nicht alle Entwicklungsländer über einen Kamm geschert werden. Eppler warnte zugleich vor einer undifferenzierten Beurteilung des chinesischen Modells für die Dritte Welt. Es sei faszinierend, wie die VR China mit so dringenden Problemen wie Arbeitslosigkeit, Analphabetismus, Hunger und unkontrollierter Verstädterung fertig geworden sei und jetzt auch in der Familienplanung Erfolge erziele. "Aber", fügte er hinzu, "ich stimme völlig mit Mao Tse-tung überein: 'Die historischen Voraussetzungen für den Langen Marsch und für die chinesische Erneuerung sind einzigartig, und also kann das chinesische Entwicklungsmodell auch nicht einfach kopiert werden.'" (FAZ, 7.7.73).

(3) Hsinhua zitiert Minister Leber gegen UdSSR

Mit Blick auf die trotz Europäischer Sicherheitskonferenz und KSZE noch immer gewaltigen Streitkräfte der Sowjetunion in Europa zitiert Hsinhua die Rede des Bundesverteidigungsministers Leber, der am 17.6. in einer Rede in Kiel betont habe, "daß der Warschauer Pakt mehr als 860.000 Soldaten und etwa 20.000 Panzer allein in Ostdeutschland, Polen und der

Tschechoslowakei stationiert hat. Darüber hinaus befinden sich mehr als 30 sowjetische Divisionen und weitere 8.000 Panzer in den drei Militärbezirken des westlichen Teils der Sowjetunion" (NCNA, 18.6.73).

DDR

(4) Künftiger China-Kurs der DDR

Am 12. Juli eröffnete das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" einen vom Leiter des Instituts für Internationale Beziehungen in Potsdam, Prof. Gerhard Hahn, gezeichneten halbseitigen Artikel, in dem die Konfliktposition der DDR gegenüber der VR China umrissen wird. In diesem Artikel wird die "allseitige Entlarvung und aktive Bekämpfung der Ideologie und Politik der Peking-Führung" als "prinzipielle Aufgabe der marxistisch-leninistischen Parteien" bezeichnet. Der Artikel ist offensichtlich als programmatische Aussage der SED zu verstehen. In der Außenpolitik Chinas habe sich "ein weiterer Rechtsruck" vollzogen. "Er wird vor allem durch den wütenden Widerstand Pekings gegen die abgestimmte Außenpolitik der Sowjetunion und der sozialistischen Bruderländer sowie durch die Umorientierung der internationalen Beziehungen der VR China auf die imperialistischen Staaten gekennzeichnet". Vor allem in Europa versuche China immer wieder, "den Prozeß der Entspannung auf den Grundlagen der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu behindern. Sie übertreffen dabei selbst die Imperialisten, indem sie dem politischen Leichnam einer angeblichen sowjetischen Bedrohung neuen Atem einzuhauchen versuchen".

Auch nähere die chinesische Führung in ihren Dokumenten und Erklärungen "nach Kräften die Illusion vom Fortbestand einer einheitlichen deutschen Nation, von der Notwendigkeit eines Friedensvertrages (auf den China angeblich als Teilnehmer der Anti-Hitler-Koalition ein Recht habe) und von der Wiedervereinigung des deutschen Volkes". Peking unterstütze "bestimmte Kreise in der BRD, die längst gelöste deutsche Frage" offenzuhalten und als politischen Zündstoff zu benutzen. Hauptziel der Chinesen sei es, die sozialistischen Länder von der "Hauptkraft des Sozialismus", der UdSSR, zu trennen.

Doch würden die Bäume der Maoisten nicht in den Himmel wachsen. "Es wirken starke Faktoren, die die Möglichkeiten der maoistischen Ideologie und Politik zunehmend einengen". Der Widerspruch zwischen den "großmacht-chauvinistischen Ambitionen" der Peking-Führung und dem niedrigen Stand der Produktivkräfte des Landes vertiefe sich ständig. Im übrigen habe der Maoismus innerhalb der kommunistischen Weltbewegung ein "völliges Fiasko" erlitten. Auch vor der Volksrepublik China würden die objektiven Gesetzmäßigkeiten des revolutionären Weltprozesses nicht haltmachen: "Darauf beruht unsere Überzeugung, daß die Ideologie und Politik des Maoismus weit zurückgedrängt und das Komplott Pekings mit dem Imperialismus zerschlagen werden können".

Mit diesem Artikel ist die DDR ganz auf den von der Sowjetpresse seit Monaten verfolgten - und verschärften - Anti-Mao-Kurs eingeschwenkt. Offensichtlich spielt das China-Problem in der internen Parteidiskussion der SED eine größere Rolle, als es das bisherige Schweigen vermuten ließ. Vor allem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Chinas mit der BRD hat die SED-Führung offensichtlich veranlaßt, die Generallinie des Verhaltens gegenüber Peking, so wie sie vom 8. Parteitag 1971 formuliert und während der letzten ZK-Tagung im Mai 1973 wiederholt

wurde, zu aktualisieren. Diese Generallinie sieht eine harte Auseinandersetzung mit der chinesischen Parteiführung und ihrer Isolierung von der Internationalen Kommunistischen Bewegung, gleichzeitig aber auch die Normalisierung und Entwicklung der Beziehungen auf staatlicher Ebene vor.

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(5) Chinesische Diagnose der sowjetischen Flottenpolitik

In letzter Zeit ist Hsinhua dazu übergegangen, aus den verschiedensten Zeitschriften Meldungen zu sammeln, in denen von einer ständigen Verstärkung der sowjetischen Kriegsflotte die Rede ist. Drei solcher Zitate seien hier wiedergegeben:

- a) NCNA, 14.7., verweist auf die japanische Zeitschrift "Japan und China" vom 9. Juli, wo davon die Rede ist, daß immer mehr sowjetische Schiffe die Straße von Malakka sowie den Indischen Ozean befahren, um dort Informationen zu sammeln und die Kontrolle über wichtige Seewege zu straffen. Die sowjetische Kriegsmarine habe im Japanischen Meer und in den weitläufigen Seeräumen Südasiens die Stärke der 7. Flotte der USA bereits übertroffen. Seit Anfang Mai habe sich die Zahl der sowjetischen Frachter, Tanker und Minenräumer in der Tsushima-Straße (südlicher Teil Japans) bedeutend erhöht. Beachtenswert sei, daß es sich bei den Minenräumern um umgebaute und mit Präzisionsgeräten ausgestattete Schiffe zum Sammeln von Informationen handle. Auch besäßen die Sowjets Einrichtungen für die Versorgung ihrer Schiffe mit Treibstoffen und Wasser auf einer gewissen Insel im Indischen Ozean.
- b) NCNA, 12.7., zitiert einen Artikel aus der französischen Zeitschrift "La Dépêche", in der von einer ständigen Aufrüstung mit Überwasserfahrzeugen sowie von einer weiteren Verstärkung der strategischen atomaren U-Boot-Flotte die Rede ist. 1972 habe die sowjetische Flotte über 41 atomare U-Boote verfügt, die mit 522 Raketen ausgerüstet waren. Nach dem amerikanisch-sowjetischen SALT-Abkommen sei es der UdSSR erlaubt, innerhalb von fünf Jahren weitere 21 atomare U-Boote zu bauen und die Zahl der Raketen um 428 zu erhöhen. Der dritte beachtenswerte Aspekt sei der verstärkte Bau sowjetischer Flugzeugträger, die dazu bestimmt seien, die strategische Beweglichkeit der Streitkräfte auf hoher See zu vergrößern.
- c) NCNA 7.6., zitiert Sankei Shimbun vom 3. Juli. Unter Ausnutzung ihrer Unterstützung Indiens im indisch-pakistanischen Krieg versuche die Sowjetunion, im Indischen Ozean Stützpunkte für ihre Flotte zu schaffen. Die Sowjetunion habe seit langem ein Auge auf den Haupthafen Bengalens, Chittagong, geworfen. Nunmehr scheine der Hafen in sowjetische Hände gefallen zu sein. Im April 1972, also bereits 4 Monate nach dem Ende des indisch-pakistanischen Krieges, habe die Sowjetunion eine sog. Arbeitsflotte, bestehend aus Minenräumbooten, Bergungsschiffen, Kuttern und leichten Zerstörern, nach Chittagong geschickt, um dort, wie es hieß, von Pakistan während des Krieges gelegte Minen zu beseitigen und Schiffe zu bergen, die von den Indern versenkt worden sind.

Der langsame Fortgang der Arbeit sei erstaunlich. Obwohl

die Arbeiten nach den ursprünglichen Plänen bereits Ende 1972 abgeschlossen sein sollten, habe man bisher nur 11 Schiffe geborgen und eine Fortsetzung der "Bergungsmanöver" angekündigt. Die sowjetische Flotte habe bekanntgegeben, daß sie auch 1973 im Golf von Bengalen verbleiben werde.

Chittagong ist nach chinesischer Auffassung ein wichtiger Punkt in der Weltstrategie, von dem aus man in der Lage ist, nicht nur den Golf von Bengalen, sondern auch den Indischen Ozean zu beherrschen.

Gleichzeitig verwandele Indien den Hafen Vishakhapatnam im Golf von Bengalen mit Hilfe der Sowjetunion in einen Militärstützpunkt. Offensichtlich ziele Moskau darauf ab, außer Chittagong auch noch diesen Hafen in die Hand zu bekommen (vgl. "Der Kampf Pekings gegen Moskaus Seewegestrategie", C.a. 72/4 - 10 ff.).

d) Präsenz der UdSSR vor Japan

Erneut setzt sich Hsinhua (24.6.73) mit japanischen Meldungen auseinander, denen zufolge Mitte Juni über 30 sowjetische Zerstörer, Unterseeboote und Kreuzer vor den Küsten Japans gesichtet worden seien. Die Zerstörer seien mit Bodenlufraketen ausgestattet. Hauptmanövriergebiet seien die Straßen von Tsugaru und Tsushima. Überhaupt habe sich der sowjetische Seeverkehr zwischen dem Indischen Ozean und dem Stützpunkt Wladiwostok seit Mai 1973 bedeutend verstärkt. Die sowjetische Pazifikflotte in Wladiwostok umfasse heute bereits 600 Schiffe mit insgesamt 700.000 t, darunter 5-6 mit Raketen bestückte Einheiten, Dutzende von Zerstörern und 100 Unterseeboote. Vermutlich werde die sowjetische Seestreitmacht im Fernen Osten demnächst noch weiter verstärkt.

Der chinesische Verdacht, daß Moskau systematisch eine von Stützpunkten flankierte "bogenförmige Seeroute" von Europa nach Sibirien aufbaut, hat durch solche konkreten Zahlen weitere Nahrung erhalten.

(6) Grenzverhandlungen UdSSR - VRCh unterbrochen

Wie TASS am 19. Juli meldete, ist der sowjetische Chefdelegierte bei den sowjetisch-chinesischen Grenzverhandlungen, der Stellvertretende Außenminister Iljitschew, von Peking aus nach Moskau gereist, und zwar "aus dienstlichen Gründen", wie es heißt.

Schon Ministerpräsident Kossygin hatte bereits vor einigen Wochen während eines Interviews zugegeben, daß die Gespräche abermals auf dem toten Punkt seien (Näheres zu den Grenzverhandlungen C.a. 72/3 - Ü 3a 4; 6- Ü 9; 10 - Ü 13).

(7) UdSSR: Verfall der maoistischen Gruppen im Ausland?

Die Moskauer Wochenzeitschrift "Neue Zeit" weiß vom Verfall der maoistischen Gruppen zu berichten. Die "antisozialistische und antisowjetische Tendenz der Politik Pekings hat den Mangel an Zusammenhalt, die Enttäuschung und den Zweifel in den wenigen und bereits bankrotten maoistischen Gruppen verstärkt". Zudem verfügten diese Gruppen über kein klares Programm und hätten nicht die Unterstützung der Arbeiter. Deshalb seien sie zum Teil in statu nascendi bereits auseinandergefallen. Charakteristisch dafür sei die fehlgestar-

tete maoistische Gruppe in Belgien, die von Jacques Grippa geführt wurde. Diese Organisation habe sich nach Streitereien um den Anteil an den finanziellen Almosen Pekings aufgelöst. Grippa selbst habe bald mit dem Maoismus gebrochen. Gleichzeitig seien zahlreiche Mitglieder prochinesischer Organisationen in Österreich, Frankreich u.a. Ländern "auf die Seite der echten revolutionären Kämpfer übergetreten", nachdem sie das reaktionäre Wesen und die Spaltertätigkeit der Pekinger Führung in der Weltarena erkannt hätten. Auch die Selbstauflösung der maoistischen Gruppe im Libanon (März 1973) habe die fehlenden Perspektiven für die sog. "Maoisten" erneut bestätigt. An diesem Verfall sei aber nicht zuletzt auch die Tatsache schuld, daß die chinesische Führung aufgehört habe, ihre "anrühigen Kontakte mit den Pro-Peking-Gruppen im Ausland bekanntzugeben, um die Beziehungen mit den Regierungen anderer - hauptsächlich kapitalistischer - Länder nicht zu komplizieren" (TASS, englisch, 26. 7.73).

(8) Polemik Moskau-Kairo-Peking

In einem scharfen Kommentar nimmt TASS zu einem Bericht der Kairoer Zeitung Akhbar Al Youm Stellung, in dem davon die Rede ist, die Sowjetunion habe gewaltsam riesige Gebiete annektiert und sinne nunmehr auf einen Präventivschlag gegen China.

Wie könne ein Presseorgan in einem mit der Sowjetunion befreundeten Land so "schmutzige Erfindungen" vorbringen? "Es ist doch wohl bekannt, daß es gerade die Sowjetunion war, die viele Male seit 1969 den Vorschlag unterbreitete, daß China auf klar umrissene, feste und permanente Verpflichtungen eingehen solle, die einen Angriff des einen auf das andere Land ausschließen würden. Aber diese Vorschläge blieben unbeantwortet. Es war die Sowjetunion, die der VR China einen Sondervertrag über Nichtanwendung von Gewalt vorschlug. Aber auch dieser Vorschlag wurde nicht angenommen. Es war der sowjetischen Initiative zu verdanken, daß die sowjetisch-chinesischen Gespräche über die Lösung der Grenzfragen im Oktober 1969 wiederaufgenommen wurden. Aber die erfolgreiche Abhaltung und der erfolgreiche Abschluß dieser Gespräche erfordern eine konstruktive Einstellung nicht nur auf sowjetischer Seite. Leonid Breschnew betonte in seinem Bericht anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der UdSSR, daß 'die Sowjetunion weder territoriale noch wirtschaftliche Forderungen an China stellt. Wir möchten China als blühende sozialistische Macht sehen und mit ihm für den Frieden gegen den Imperialismus Schulter an Schulter zusammenarbeiten. Aber ob dies eintreffen wird, hängt von China selbst ab. Selbstverständlich wird nichts uns von unserem prinzipiellen marxistisch-leninistischen Kurs abbringen, von unserer entschlossenen Wahrnehmung der staatlichen Interessen des sowjetischen Volkes und der entschiedenen Verteidigung der Unverletzlichkeit des sowjetischen Territoriums, von unserem entschlossenen Kampf gegen die Spalteraktivität der Führung der VR China in der sozialistischen Welt und innerhalb der Befreiungsbewegung'. Diese Worte des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom Dezember 1972 gelten auch heute noch. Sie widerlegen die Lügen der ägyptischen Zeitung"

(9) Der Fall Teng Hsiao-p'ing in der Ostblockpresse

TASS gibt in einem Bericht vom 18.7.73 Überlegungen der ungarischen Zeitung Nepszabadsag wieder, in der der Fall

Teng zur Sprache kommt: Wer ohne irgendwelche Vorbehalte an die Seite Maos tritt, werde die Möglichkeit erhalten, aus der Dunkelheit der Vergessenheit erneut an die Oberfläche zu gelangen, selbst wenn er, wie Teng, lange Zeit als die "Nr. 2" in der Partei bezeichnet wird, die den kapitalistischen Weg beschreitet. Es sei eine alte maoistische Taktik, Personen, die ihre Fehler bereut haben, nominell in hohe Positionen zu ernennen, um damit die einzelnen Gruppierungen gegeneinander auszuspielen. Die Wiedereinsetzung Tengs zeige, daß es innerhalb der chinesischen Führung offensichtlich zwei einflußreiche Gruppen gebe, die miteinander im Machtkampf stünden. Dieser Kampf vollziehe sich zwischen den alten Pragmatikern und den während der Kulturrevolution an die Oberfläche gelangten Gruppen. Mao sei - als einziger Schiedsrichter - an einem Gleichgewicht dieser beiden Gruppen interessiert.

(10) Polnische Interpretation des chinesischen Kernwaffenversuchs

Am 27.6.1973 kommentierte PAP den chinesischen Kernwaffenversuch mit folgenden Worten: "Bis zum Mittwoch Morgen brachten alle Nachrichtenagenturen bei der Berichterstattung über das sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen in ihren Nachrichtensendungen den stereotypen Satz 'Aus Peking kein Kommentar'. Nun ist dieser 'Kommentar' gekommen. Es ist eine Wasserstoffbombenexplosion, die am Mittwoch Morgen auf dem Versuchsgelände von Lop Nor durchgeführt wurde. Das ist wirklich ein besonderer Kommentar. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten unterzeichneten ein paar Tage vorher das Abkommen über die Verhinderung eines nuklearen Krieges" (MD, Allgemeiner Teil, 28.6.73, S.7).

Chou En-lai hatte die überraschende Abmachung zwischen Breschnew und Nixon zur Verhinderung eines nuklearen Krieges als einen bloßen "Fetzen Papier" bezeichnet.

(11) Albanien: Chinesische Delegation zum 30. Jahrestag der Volksarmee

Anlässlich des 30. Jahrestages der albanischen Volksarmee ist eine vom Stellvertretenden Vorsitzenden der Militärkommission des ZK der KPCh geleitete militärische Delegation am 8.7.73 in Tirana eingetroffen. Auch würdigte Radio Peking in einem Bericht die revolutionären Errungenschaften der albanischen Armee (zitiert in MD Ost-Europa, 11.7.73, S.9 f.). In den letzten Jahren ist es ansonsten um die während der Kulturrevolution so sehr gefeierten Beziehungen zwischen Peking und Tirana ruhig geworden.

NORDAMERIKA

(12) Huang Chen bei Nixon und Kissinger

Der Chef des chinesischen Verbindungsbüros in den Vereinigten Staaten, Huang Chen, führte am 6. Juli in San Clemente mit Präsident Nixon und Henry Kissinger ein Gespräch, über das freilich keine näheren Einzelheiten bekanntgegeben wurden (NCNA, 8.7.73).

Der chinesische "Botschafter" war in einer ihm von Nixon zur Verfügung gestellten Air-Force-Maschine nach San Clemente geflogen worden. Hauptthema dürfte die Kambodscha-

Frage gewesen sein, in der das Weiße Haus unter Zeitdruck steht, da der Kongreß die Mittel für eine Luftunterstützung des Lon-Nol-Regimes ab 15. August gesperrt hat.

(13) Erste Aktivität des US-Verbindungsbüros

Der Leiter des Verbindungsbüros der USA in China, Bruce, veranstaltete am 4.7. in Peking einen Empfang anlässlich des Unabhängigkeitstages der USA. Daran nahmen der Stellvertretende Außenminister Chiao Kuan-hua, der Stellvertretende Außenhandelsminister Li Chiang, der Leiter der dem Staatsrat unterstehenden Kommission für Körperkultur, Wang Ming, und der Stellvertretende Präsident der chinesischen Akademie der Wissenschaften, Wu Yu-hsün, u.a. teil (Radio Peking, I.S., 4.7.73, zitiert nach MD Asien, 5.7.73, S.3).

Insbesondere die Anwesenheit Chiao Kuan-huas, der ja als einer der wichtigsten Architekten der chinesischen Außenpolitik und als einer der distinguiertesten "Offiziellen" gilt, beweist deutlich, daß das Verbindungsbüro nicht nur als "volksdiplomatische" Organisation gewertet, sondern bereits "offiziell" eingestuft wird.

(14) Touristen-Visa auf Sparflamme

Yang Kung-su, der Chef des chinesischen Büros für Tourismus und Reisen, traf am 8. Juli mit der 8köpfigen amerikanischen Kongreß-Delegation zusammen und gab Auskünfte über Chinas derzeitige Visa-Erteilungspolitik. Nur Amerikaner "mit besonderen Eigenschaften" bekämen z.Zt. Visa für eine China-Reise. China leide unter einem großen Mangel an Hotels und an Dolmetschern. Außerdem stünden touristische Einrichtungen in der nationalen Prioritätenliste ganz unten. Zehntausende von Amerikanern hätten bereits im laufenden Jahre Touristen-Visa beantragt. China habe 1971 an Amerikaner nur 100 Touristen-Visa und 1972 etwa 200 erteilt. Diese Liste umfaßt allerdings nicht solche Personen, die als Gäste der Regierung eingeladen worden seien. Wie einer der amerikanischen Delegationsmitglieder bemerkte, werden nach seinen Eindrücken nur solche Personen eingeladen, die dem Aufbau der Volksrepublik in irgendeiner Weise dienlich sind. Großen Wert lege man auf amerikanische Auslandschinesen, deren Rückkehr im allgemeinen problemlos vor sich gehe (IHT, 9.7.73).

(15) Chou En-lai über den Nixon-Breschnew-Gipfel

Der chinesische Ministerpräsident hat am 8. Juli gegenüber einer Gruppe amerikanischer Kongreß-Mitglieder die jüngste Übereinkunft über eine Verhinderung eines Atomkrieges zwischen dem amerikanischen Präsidenten Nixon und dem sowjetischen Parteichef Breschnew als "einen Fetzen Papier" bezeichnet (Le Monde, 8.7.73). Bestehe nicht seit 1950 ein Freundschaftsvertrag zwischen China und der Sowjetunion, der aber von Moskau, das eine Mio Soldaten an der Grenze Chinas stationiert habe, ständig mit Füßen getreten werde?

Gegenüber dem Vorsitzenden der Vereinigung für japanisch-chinesische Freundschaft, Hisao Kuroda, erklärte er, das sowjetisch-amerikanische Abkommen zur Verhütung eines Atomkrieges sei gefährlich weil irreführend. Trotz nach außen zur Schau getragener Freundschaft führten die USA und die Sowjetunion mehr denn je einen harten Kampf um Vorherrschaft, vor allem in Europa und im Nahen Osten. Breschnew sei allerdings angesichts wirtschaftlicher Schwierigkeiten in

seinem Lande "mit gesenktem Haupte" zu Nixon gereist (zitiert nach NZZ, 9.7.73).

AFRIKA

(16) Staatsbesuch aus dem Kongo

Major Marien Ngouabi, Präsident und Staatschef der Volksrepublik Kongo, traf am 27. Juli auf Einladung der chinesischen Regierung in Peking ein (NCNA, 27.7.73).

Auf einem Bankett am 28. Juli hielt Ministerpräsident Chou En-lai eine Ansprache, in der er eine weitgehende Identität chinesischer Afrika-Politik und kongolesischer Außenpolitik feststellte: "Die kongolesische Regierung verläßt sich bewußt auf die eigene Kraft bei der Entwicklung der nationalen Wirtschaft und tritt für die Erneuerung und Entwicklung der nationalen Kultur ein..... Nach außen verfolgt sie eine Politik der Blockfreiheit und widersetzt sich beharrlich dem Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und dem barbarischen Rassismus. Sie tritt für afrikanische Solidarität ein und unterstützt stark die afrikanischen nationalen Befreiungsbewegungen. Die kongolesische Regierung unterstützte auch aktiv die gerechten Kämpfe des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker, des koreanischen Volkes und der drei indochinesischen Völker Die VR Kongo leistete einen wertvollen Beitrag zur Sache der Einheit der afro-asiatischen Völker gegen den Imperialismus Sowohl China als auch der Kongo gehören der Dritten Welt an und sind Waffengefährten an der anti-imperialistischen Front" (NCNA, 28.7.73). In der Rede forderte Chou En-lai auch die unverzügliche Einstellung der Bombenangriffe und aller anderen Aktionen militärischer Intervention von seiten der USA in Kambodscha.

Am 29. Juli wurde Ngouabi von Mao Tse-tung empfangen. Es war das vierte Treffen des Vorsitzenden mit einem afrikanischen Staatsoberhaupt im laufenden Jahr. Mao betonte: "China und die afrikanischen Länder sind in einer ähnlichen Situation. Alle Imperialisten in der Welt unterdrücken uns. Wir hoffen, daß alle afrikanischen Länder und Gebiete unabhängig werden und sich einigen" (NCNA, 29.7.73).

Seit im August 1963 der erste Präsident des damaligen Kongo Brazzaville gestürzt worden war und sodann eine Öffnung nach links erfolgte, konnte China die ersten Erfolge in diesem westafrikanischen Staat erringen. Am 22.2.1964 kam es zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Seither stand China im Wettstreit mit der Sowjetunion. Gerade in Westafrika hat Peking ja viel Boden gutzumachen. U.a. hat es mehrere Kredite gewährt (1964: 25 Mio. US \$ 1968: 1 Mio. US \$) und hat mehrere Wirtschaftshilfeprojekte erbracht (Rundfunk-, Textil-, Schiffs-, Medizinal- und landwirtschaftliche Einrichtungen).

Der Besuch des kongolesischen Präsidenten war vorher durch seinen Außenminister vorbereitet worden, der am 13./14. Juni China einen Freundschaftsbesuch abgestattet hatte (PRU 1973, Nr.25, S.3).

Am 30.7.1973 unterzeichneten die VR China und die VR Kongo ein "Abkommen über eine Anleihe" (ohne nähere Angaben) (NCNA, 30.7.73).

(17) Besuch aus Mali

Aus Westafrika, wo die chinesische Politik bisher bei weitem

nicht so erfolgreich war wie im ostafrikanischen Bereich, kam das Staatsoberhaupt von Mali, Oberst Traore, zu einem Besuch nach Peking (20. Juni).

Zwischen China und Mali waren bereits im Oktober 1960, einen Monat nachdem der westafrikanische Staat seine Unabhängigkeit erlangt hatte, diplomatische Beziehungen aufgenommen und im November 1964 ein Freundschaftsvertrag unterzeichnet worden.

Nach dem Sturz Modibo Keitas Ende 1968 war es zwar zu einer gewissen Abkühlung zwischen beiden Staaten gekommen, doch trat seit 1970 wieder eine Normalisierung ein, nachdem eine chinesische Regierungsdelegation unter Leitung des Stellvertretenden Ministers für Leichtindustrie, Hsieh Hsin-ho, im September 1970 den westafrikanischen Staat besucht hatte. Zwischen 1961 und 1966 hatte China bereits Kredite in Höhe von 30,5 Mio US \$ gegeben. Nachdem die Wirtschaftshilfe eine Zeitlang "pausiert" hatte, wurde 1970 ein neues Abkommen über wirtschaftlich-technische Hilfe unterzeichnet. Auch beim Besuch des Staatsoberhauptes kam es jetzt am 24. Juni zur Unterzeichnung eines erneuten Abkommens über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit.

Präsident Traore wurde am 22. Juni vom Parteivorsitzenden Mao in seiner Privatbibliothek empfangen.

Er besuchte mehrere Ausstellungen und die Große Mauer und reiste schließlich zu einem Besuch der landwirtschaftlichen Musterbrigade Tachai ab. Bei den Tischreden am 24. Juni betonte Chou En-lai (PRu 1973 Nr.26, S.7 ff.) die Politik der Blockfreiheit Malis.

Aus der Rede Chous gingen deutlich die chinesischen Zielvorstellungen hervor, deren Verwirklichung in diesem Falle Mali nachgerühmt wurde:

"Die Regierung von Mali verfolgt in internationalen Angelegenheiten eine Politik der Blockfreiheit, bekämpft Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und barbarische Rassendiskriminierung und unterstützt die nationalen Befreiungsbewegungen Afrikas. Sie ist der OAU-Charta treu und hält die Solidarität und Zusammenarbeit unter den afrikanischen Staaten aufrecht. Sie bekämpft Machtpolitik und tritt für die Gleichberechtigung aller Länder - groß oder klein - und für das Recht aller Länder ein, ihre wirtschaftlichen Interessen zu schützen. Sie unterstützt den Kampf des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker gegen den Zionismus ebenso wie die gerechten Kämpfe der Völker Indochinas. Die Regierung von Mali hat wertvolle Beiträge zur Sache der Einheit der afroasiatischen Völker gegen den Imperialismus geleistet".

Die kürzlich in Addis Abeba abgehaltene 10. Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU habe ermutigende Ergebnisse gezeigt. Bei der Festsetzung des Kampfkurses habe man das Aktionsprogramm für die nächste Dekade formuliert: Die OAU habe beispielsweise die "Feierliche Deklaration zur allgemeinen Politik", die "Afrikanische Deklaration über Zusammenarbeit, Entwicklung und wirtschaftliche Unabhängigkeit" und die "OAU-Deklaration über Fragen des Seerechts" angenommen und damit wichtige anti-imperialistische und antikolonialistische Maßnahmen befürwortet.

Zum Schluß betonte Chou die Gemeinsamkeit mit Afrika: "Die großen afrikanischen Völker sind nahe Waffenbrüder des chinesischen Volkes. China und die afrikanischen Länder sind alle Entwicklungsländer, und wir gehören alle zur Dritten Welt"

ASIEN

(18) Kambodscha: Keine Verhandlungen

Noch am 18. Mai hatte Prinz Sihanouk Bedingungen für eine Normalisierung der Beziehungen Kambodschas zu den USA präzisiert (im einzelnen vgl. C.a. 73/6 - Ü 12).

In der Zwischenzeit hat der Berater des amerikanischen Präsidenten, Kissinger, eine Reise in die VR China angekündigt, wobei seine Absicht, mit Prinz Sihanouk zusammenzutreffen, deutlich zwischen den Zeilen zu lesen war.

Als der kambodschanische Prinz am 5. Juli von einer Marathon-Reise durch 11 Länder nach Peking zurückkehrte, gab er am Flugplatz der chinesischen Hauptstadt vor Journalisten deutlich zu verstehen, daß er keine Absicht habe, mit Kissinger zusammenzutreffen. "Wir werden unseren bewaffneten Kampf fortsetzen; es ist jetzt keine Zeit für Gespräche Keine Pax Americana! Wir werden bis 1976 1980, sogar 1984 kämpfen." (In diesen Jahren finden jeweils Präsidentenwahlen in den USA statt!) Der Prinz fügte hinzu, daß er den amerikanischen Präsidentenberater schon mehrere Male eingeladen habe, mit ihm über die Lage in Kambodscha zu sprechen. "Doch jetzt ist es zu spät. Es wird kein geteiltes Kambodscha geben." Noch im Januar 1971 hatte Prinz Sihanouk in einem Interview mit dem in New Delhi erscheinenden Indien-Express gemeint, daß seine Truppen 1972 oder 1973 siegen würden. Er fügte damals allerdings hinzu, daß er eine friedliche Lösung vor diesem Zeitpunkt "gerne annehmen werde" (IHT, 6.7.73).

An der Kampffront um Phnom Penh wird die Szenerie für die "Khmer-Republik" unterdessen immer düsterer. Die schon lange grassierende Korruption scheint ihren Höhepunkt zu erreichen. Nach Schätzungen des amerikanischen Rechnungsamtes z.B. haben Truppenkommandanten der kambodschanischen Regierungstreitkräfte im Januar 1973 zwischen 750.000 und 1,1 Mio US \$ für Soldaten einkassiert, die gar nicht existieren. Diese Berechnung stützt sich auf amerikanische Schätzungen, wonach 10 - 15% der 282.000 kambodschanischen Soldaten, für welche die USA im Januar den Sold bereitstellten, nicht vorhanden waren (NZZ, 7.7.73). Sihanouks Streitkräfte kämpfen also zum Teil gegen eine "Geister-Armee".

Die Unterstützungspolitik der USA für die Sache Lon Nols wurde von Chou En-lai anlässlich eines Interviews mit einer Delegation amerikanischer Kongreßabgeordneter am 6. Juli scharf attackiert. Einer der Senatoren meinte, daß Sihanouk Geduld haben solle, da das Bombardement auf Kambodscha ohnehin vom 15. August ab eingestellt werde. Chou erwiderte daraufhin ärgerlich: "Wie soll ein Mensch geduldig sein, wenn Bomben auf seinen Kopf fallen?" Das Bombardement sollte schon jetzt eingestellt werden. Prinz Sihanouk sei ein "friedliebender Buddhist", würde aber von den USA immer wieder in den Kampf gezogen.

Ob der chinesische Ministerpräsident glaube, daß die Nordvietnamesen die Kambodschaner ihr eigenes Schicksal in die Hand nehmen ließen? Daraufhin Chou En-lai: "Wenn Kambodscha seine eigenen Probleme lösen kann, wird es niemals anderen Ländern erlauben, sich in seine inneren Angelegenheiten einzumischen Auf diese Weise wird Kambodscha mit Artikel 20 des Pariser Friedensvertrages in Übereinstimmung stehen".

Zum Abschluß fügte Chou En-lai hinzu, er werde niemals die Vereinigten Staaten besuchen, solange noch die "Chiang-Kai-shek-Clique" einen Botschafter in Washington habe (IHT, 7.7.73).

In einem von Radio Stockholm ausgestrahlten Interview, das der im Pekinger Exil lebende Prinz Sihanouk beim Abschluß seines Besuches in Bukarest einem Mitarbeiter des schwedischen Radios gegeben hatte, kündigte das "Oberhaupt der Einheitsfront von Kambodscha" einen Angriff "seiner" Truppen auf Pnom Penh während der im Dezember beginnenden Trockenperiode an, wenn mit den Bombenangriffen der amerikanischen Luftwaffe nicht mehr gerechnet werden müsse (vorerst haben sich das Weiße Haus und der Kongress darin geeinigt, daß Nixon noch bis zum 15. August Handlungsfreiheit in Kambodscha haben soll). Ganz im Gegensatz zu den bisherigen Schätzungen westlicher Beobachter, die mit etwa 30 - 60.000 Khmer-Guerillas gerechnet hatten, soll die Armee des Prinzen z.Zt. 100.000 Mann zählen.

Scharfe Kritik übte Sihanouk an Moskau, das bisher nicht nur die Anerkennung der Exil-Regierung verweigere, sondern darüber hinaus zusammen mit Frankreich einen geheimen Friedensplan ausgearbeitet habe, demzufolge nach südvietnamesischem Muster die Trennung der von der Regierung und der von den Aufständischen beherrschten Gebiete vorgesehen sei. Ein solcher Plan aber sei angesichts der Unvergleichbarkeit mit Südvietnam unannehmbar. Er, Sihanouk, wolle unter keinen Umständen mit Lon Nol verhandeln und diesen nach dem Fall der Hauptstadt als Landesverräter aburteilen (zitiert nach NZZ, 4.7.73).

In einem Interview vom 21. Juni 1973 mit der BBC London hatte Sihanouk zugegeben, daß große Zahlen von Nordvietnamesen auf ihrem Weg nach Südvietnam ständig durch Kambodscha ziehen. Kambodscha sei freilich nur Durchzugs-, nicht aber Kampfgebiet der nordvietnamesischen Einheiten. "Ich wiederhole, und ich schwöre, daß wir allein sind." Was China und Nordvietnam betreffe, "so werden sie unsere Freunde, nicht aber unsere Herren sein".

Auf die Frage, welche "Farbe" eine Regierung Kambodschas nach dem Sieg haben werde, antwortete Sihanouk: "Kambodscha ist schon heute rosa, nicht regelrecht rot, sondern rosa, da unsere Verwaltung, unsere Regierung innerhalb Kambodschas in den befreiten Gebieten von den Roten Khmer geführt wird. Sie sind rosa und nicht rot, weil sie keine richtigen Kommunisten sind. Sie sind Buddhisten, doch sie möchten, daß Kambodscha sozialistisch wird."

Frage: Was wird nach dem Kriege mit Personen geschehen, die mit den Amerikanern zusammengearbeitet haben?

Sihanouk: "Nun, ich schlage Präsident Nixon vor, ein Flugzeug nach Pnom Penh zu schicken und sie damit abzuholen. Wir möchten sie nicht gerne exekutieren, doch wenn sie in Pnom Penh bleiben, wenn wir eines Tages dort einziehen, dann müssen wir sie hinrichten, weil sie Kriegsverbrecher sind" (MD Asien, 22.6.73, S.4).

(19) Thailand: Feldmarschall Thanom zu Kontakten zur VRCh

Bei einer Pressekonferenz beantwortete Feldmarschall Thanom, der Ministerpräsident von Thailand, Fragen nach den gegenwärtigen Beziehungen zwischen China und seinem

Land. Falls die Volksrepublik China ihre Unterstützung für die Untergrundaktivitäten der kommunistischen Terroristen in Thailand beende, und falls bestimmte Radiostationen der prokommunistischen Elemente mit ihren Angriffen auf Thailand aufhörten, würde ein besseres Verhältnis möglich sein.

Bisher gebe es bereits eine ganze Reihe von informellen Kontakten, beispielsweise die Besuche von thailändischen Geschäftsleuten in der VR China, den kürzlichen Besuch einer thailändischen Tischtennismannschaft in Peking und den gegenwärtigen Besuch der Tischtennis-Delegation aus der VR China. Kontakte könnten auch auf andere Gebiete ausgedehnt werden, z.B. auf den Austausch von Experten.

Dem Wunsche der Chinesen nach Abbau aller amerikanischen Basen in Thailand könne Bangkok allerdings nicht entsprechen. Man habe beispielsweise den Amerikanern erlaubt, den Luftwaffenstützpunkt U Tapao einzurichten, damit der Aggression auf Südvietnam und andere Gebiete Einhalt geboten werde. Solange sich der Feind in Laos und Kambodscha nicht streng an das Friedensabkommen in Vietnam halte, das von den USA und Nordvietnam unterzeichnet worden sei und das indirekt auch Thailand und andere Nachbarländer betreffe, sei die amerikanische Rückendeckung für Thailand eine Lebensnotwendigkeit (Radio Bangkok in MD Asien, 2. Juli 1973, S.8).

Internationale Konferenzen

(20) Chinesischer Unmut über Helsinki

Für Peking bleibt die KSZE eine Konferenz der Unsicherheit.

Nachdem China gerade erst den Bambusvorhang geöffnet und sich aus der Isolation in die Weltpolitik gestürzt hat, mußte es in den letzten Tagen zweimal abseits stehen. Zum Breschnew-Nixon-Treffen hatte die chinesische Presse nur mürrisch Auskunft gegeben, das in den USA unterzeichnete Abkommen über die Verhinderung eines Atomkrieges konterte Peking dafür mit dem Atompilz über der Wüste Lop Nor im Nordwesten des Landes. Chou En-lais abwehrende Bemerkung, daß der Termin der Wasserstoffexplosion keinesfalls politisch zu verstehen sei, kann da wenig überzeugen. Im Hintergrund mußten die Chinesen auch während der ersten Phase der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) bleiben. Dabei steht außer Frage, daß im Lichte der zielstrebig-konsistenten neuen Europa-Politik Pekings es sich hier für China um ein Ereignis erster Ordnung handelt. Haben die Chinesen "mitgehandelt", haben sie vielleicht sogar eine Beteiligung an den folgenden Phasen der KSZE im Sinn?

Wenn Pekings Kommentar zum Treffen der Außenminister in Helsinki auch ausblieb, so ist der chinesische Standpunkt spätestens seit der Rede des Stellvertretenden Außenministers Ch'iao Kuan-hua vor der UNO-Vollversammlung Ende letzten Jahres präzisiert worden. Ch'iao warnte vor Intervention, Subversion und Kontrolle durch die Supermächte und verlangte gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten sowie echte Gleichberechtigung und friedliche Koexistenz. Für das, was sich jedoch als Europäische Sicherheitskonferenz ankündigte, hatte er nur die bissige Bemerkung von der "Europäischen Unsicherheitskonferenz" übrig, auf der die beiden Supermächte ihre Einflusssphären neu abzugrenzen beabsichtigten. Anfang Juni nahm Hsinhua nochmals grundsätzlich

Stellung mit einer unverhüllten Warnung vor der 'furchtbaren, lautlosen sowjetischen Militärhegemonie'. Mit kunstvoll garnierten westlichen Pressezitaten bewies die Agentur, daß westliche Regierungen befürchteten, in eine Falle zu tappen, daß ein falsches Gefühl der Sicherheit sich verbreite, welches die westliche Gemeinschaft nur teilen und schwächen werde. Für Peking ist die KSZE Schauplatz des verstärkten Wettkampfes zwischen der Sowjetunion und den USA um Europa. Die Sowjetunion will ihre Hegemonie in Osteuropa festigen und ihren Einflußbereich auf Westeuropa ausdehnen. Die USA wollen mit dem Vorschlag der neuen Atlantik-Charta ihre Position in Westeuropa wieder festigen. Angesichts der für Oktober angekündigten Reise des chinesischen Premierministers Chou En-lai in die USA und Nixons Hoffnung auf einen neuen Frühlingsbesuch in der Volksrepublik wirkt die Polemik gegen die USA aber mehr wie eine lästige Pflichtübung. Kein Wunder weiter, daß Peking bei seiner Patronatspolitik gegenüber der Dritten Welt und besonders gegenüber den Mittelmeer-Anrainern auch für die Teilnahme dieser kleinen Staaten an einer Sicherheitskonferenz optiert und der Sowjetunion die Bemühungen, diesen Komplex aus der KSZE herauszuhalten, schwer ankreidet.

Das chinesische Interesse an der KSZE besteht also aus einem wehrenden antisowjetischen und einem aktiv vorwärtsdrängenden Element der Europa-Politik. Die Warnung vor den Russen aus Furcht vor der eigenen Einkreisung und aus dem kalkulierten Bemühen, dem Gegner militärisch möglichst viele Unannehmlichkeiten an der Westflanke zu erhalten, hat noch einen anderen Hintergrund. Im innenpolitischen Kontext kann so die Gruppe um Chou En-lai ihre Macht weiter stärken, weil die Öffnung zum vorherigen Feind USA derart gleichzeitig begründet und übertönt wird. Außerdem wird diese Haltung zum Stabilitätsfaktor für die Nachfolgefrage, weil sie ein abermaliges Herumwerfen des Steuers äußerst erschwert. Doch das tritt natürlich hinter den chinesischen Europa-Erwägungen zurück. Ebenso wie Peking der Sowjetunion vorwirft, "für seine eigene träge Wirtschaft Ausrüstungen auf den westlichen 'technischen Supermärkten' zu kaufen", so ist das chinesische Interesse an Nuklearanlagen, Lastwagenfabriken, Flugzeugkäufen und überhaupt aller komplizierter Technologie erkennbar. Politisch will die Volksrepublik sich mit Westeuropa - in den Worten Chous dem "kostbaren Element des Weltgleichgewichts" - verbinden, weil der wirtschaftliche Riese Westeuropa momentan keine Supermacht darstellt, aber "den beiden Supermächten viele Hindernisse in den Weg legen kann". Deshalb scheint es nicht so abwegig, hinter Maltsa Quertreibung auf der KSZE in Helsinki die Chinesen zu vermuten oder deren stillschweigende Zustimmung zu Franz Joseph Strauß' Aufforderung voranzusetzen, die VR China solle an der KSZE direkt teilnehmen. China könnte schließlich immer noch sein Teilnahme-Interesse formell damit begründen, daß es als Mitglied des Sicherheitsrates an einer für die globale Situation so wichtigen Konferenz Mitverantwortung trage.

Andererseits mag den Chinesen die gegenwärtige "Beteiligung aus dem Hintergrund" nicht unlieb erscheinen, weil eine solche Präsenz die unvermeidlichen Folgen der neuen konservativen Politik nicht allzu deutlich der Kritik aussetzt. Ohnehin erzeugte die im Einklang mit Pekings Europa- und Mittelmeerkonzept stehende Annäherung an Spanien, Grie-

chenland und sogar den Iran den Unmut früherer sicherer Parteigänger. So haben gerade Länder der Dritten Welt nach Außenminister Chis Besuch in Teheran und der offenen chinesischen Unterstützung der Politik des Irans im Raum des Persischen Golfes gefragt, wie Peking das mit seiner Unterstützung der Politik der arabischen Welt in Einklang bringen könne. Die jugoslawische Agentur Tanjug wies darauf ebenso hin wie Beirut-Zeitungen, die nicht verhehlten, daß eine solche Politik eine neue Gefahr für die arabischen Länder bedeute. Peking mag sich damit zufriedengeben, daß China auch in Zukunft weit mehr als ein unsichtbarer Statist auf der KSZE-Bühne sein wird.

Im Zusammenhang mit der KSZE und der Europäischen Sicherheitskonferenz zitiert Hsinhua eine Anzahl westeuropäischer, meist konservativer Zeitungen, die auf das Fehlen jeglichen Entspannungswillens auf Seiten Moskaus hinweisen. Zitiert wird u.a. der "Figaro", "l'Espresso", "Die Welt", "Die Zeit", die "Bonner Rundschau" und "Le Monde" (NCNA 17.7. und 19.7.73).

Die russischen Panzer in Ostdeutschland seien von 5.000 auf 6.500, d.h. also um 30%, verstärkt worden. Die Hälfte der Geschütze, Raketen und Raupenfahrzeuge seien durch neue Modelle ersetzt worden. Die taktische Luftwaffe verfüge über 50% mehr Flugzeuge als im Jahre 1968. Zitiert wird wörtlich die "Welt" vom 16. Juli: "Was bedeutet jedoch eine Entspannung, während die Aufrüstung fortgesetzt wird? Entspannung ist ein Wort, während Aufrüstung eine Tatsache ist." Außerdem wird die "Welt" vom 11. Juli zitiert: "Europa braucht seine eigene Entspannungspolitik."

Allgemeine Außenpolitik

(21) Kollektives Sicherheitssystem - japanische Stellungnahme

Zu dem von Leonid Breschnew bereits 1969 vorgebrachten Plan eines asiatischen kollektiven Sicherheitssystems äußerte sich der japanische Außenminister Ohira am 2. Juli in Beantwortung von Fragen der Opposition. Er erklärte, die Zeit sei noch nicht reif, den Gedanken eines solchen Systems ernsthaft ins Auge zu fassen. Er erklärte auch, daß Japan und die Sowjetunion vorerst noch Territorialprobleme hinsichtlich der von den Sowjets okkupierten nördlichen Inseln zu lösen hätten. Offensichtlich denkt Japan hier an eine Zug-um-Zug-Lösung.

Ohira erklärte außerdem, die japanische Regierung habe außer den wenigen Details, die im Juli 1969 auf dem KP-Parteitag von den Sowjets herausgestellt wurden, keine detaillierte Kenntnis des von Breschnew vorgetragenen Gedankens. Tokyo sei sich ganz im unklaren darüber, welcher Sicherheitsmechanismus vorgesehen und welche Beziehungen zu den bereits in der Welt bestehenden Sicherheitssystemen geschaffen werden sollten. Sicherlich, in Europa sei das Konzept der kollektiven Sicherheit bereits in ein konkretes Diskussionsstadium getreten. In Asien jedoch sei die Zeit für solche Gedanken noch nicht reif (JIJI-Press, 3.7.73).

Noch eine andere, von Ohira nicht verbalisierte Motivation dürfte freilich hinter der ablehnenden Haltung Japans stehen: nämlich die scharfe Stellungnahme Pekings gegenüber dem sowjetischen Plan, der sich Japan nicht unbedingt entgegenstellen

möchte.

(22) UNO-Sicherheitsrat zur Lage im Mittleren Osten

In mehreren Debatten, deren erste vom 6.-14. Juni stattfand und die mit einem Resolutionsentwurf am 26. Juli abschloß, wurden von den 15 Ratsmitgliedern sowie Vertretern des Nahen Ostens, Afrikas und Israels die Probleme im Mittleren Osten ventiliert. Der chinesische Vertreter Huang Hua wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die Spannungen im Nahen Osten ausschließlich auf die Intrigen der zwei Supermächte zurückzuführen seien. Sie hätten es auf eine Situation von 'weder Krieg noch Frieden' abgesehen, um in diesem Gebiet leichter ihren Streit um strategisch wichtige Punkte, um die Aufteilung von Einflusssphären sowie um das dortige Öl weiterführen zu können.

"Das Wesen der Mittel-Ost-Frage ist die Aggression und der Widerstand dagegen sowie die Frage des Kampfes des palästinensischen Volkes und anderer arabischer Völker um die nationale Befreiung Solange die verlorenen Territorien der arabischen Länder nicht wiedererlangt sind, und solange die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes nicht wiederhergestellt sind, kann es keine wahre Lösung der Mittelost-Frage geben."

Die Behauptung der "israelischen Zionisten", sie seien auf "Sicherheitsgrenzen" angewiesen, diene nur als Vorwand, um die Besetzung arabischer Territorien weiter zu rechtfertigen (PRu 1973 Nr.25, S.9).

Am 13. Juli stimmten 13 Länder (einschl. Großbritanniens und Frankreichs) für einen Resolutionsentwurf, in dem die fortgesetzte israelische Okkupation von Territorien, die während des Konfliktes von 1967 besetzt worden sind, "mißbilligt" wurde. Während der Delegierte der USA ein Veto gegen den Resolutionsentwurf mit der Begründung einlegte, daß das Papier in höchstem Maße parteiisch und unausgewogen sei, hielt sich der chinesische Delegierte von der Abstimmung mit folgender Begründung fern: "Angesichts der Tatsache, daß der vorliegende Resolutionsentwurf nicht völlig den Prinzipien der UN-Charta entspricht und die oben erwähnte Position der chinesischen Regierung widerspiegelt, hat die chinesische Delegation sich dafür entschieden, sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen" (NCNA, 27.7.73).

China hatte verlangt,

- daß eine Resolution des Sicherheitsrates "die israelischen Zionisten wegen ihrer fortgesetzten Aggression gegenüber dem palästinensischen Volk, den anderen arabischen Ländern und Völkern nachdrücklich verurteilen muß,
- daß sie die israelischen Behörden auffordern muß, unverzüglich die von ihnen okkupierten Territorien Ägyptens Syriens und anderer arabischer Staaten zu räumen,
- daß sie die Wiederherstellung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes fordern und an alle Regierungen und Völker appellieren muß, entschlossen die arabischen Völker und das palästinensische Volk in ihrem gerechten Kampf gegen die Aggression und für die Wiedererlangung ihrer verlorenen Territorien und für die Wiederherstellung ihrer nationalen Rechte zu unterstützen" (NCNA, 27.7.73).

Gegenüber diesem sehr weitgehenden Antrag stellt der tatsächlich gefaßte Resolutionsentwurf eine wesentlich mildere Formulierung dar ("Mißbilligung").

INNENPOLITIK

(23) Nationaler Volkskongreß in Kürze?

Am 10. Juli kam in Peking (wie es hieß, aus "diplomatischen Quellen") das Gerücht auf, daß China die Durchführung von Tagungen seiner zwei obersten Organe noch in diesem Jahr plane, nämlich die Einberufung des Parteitag der KP und des Nationalen Volkskongresses. Beide Tagungen würden wahrscheinlich neue Verfassungen für Partei und Staat billigen, einen neuen Staatschef an Stelle des in Unnade gefallenen Liu Shao-ch'i ernennen und möglicherweise auch einen Nachfolgekandidaten für den Parteivorsitzenden Mao bestimmen. Nach diesen Gerüchten findet der Parteitag im August, der Nationale Volkskongreß im November statt (Reuter, englisch, 10.7.73; vgl. auch C.a. 73/7-393, Die Funktionäre des Politbüros des ZK der KPCh.)

Aufgabe des Parteitages wäre es, das veraltete Statut von 1969, in dem u.a. Lin Piao als offizieller Nachfolger Maos im Parteivorsitz genannt ist, zu überarbeiten und die vakanten Stellen im Politbüro (heute fungieren nur noch 11 von den ursprünglich 21 Mitgliedern) neu zu besetzen. Dies wäre der 10. Parteitag in der 51jährigen Geschichte der Partei. Möglicherweise wird dann Lin Piao direkt beim Namen und nicht mehr unter der Anspielung "Liu-Shao-ch'i-Typ-Schwindler" genannt.

(24) 52. Jahrestag der KPCh

Seitdem im Juli 1971 angesichts der heraufziehenden Lin-Piao-Krise selbst der 50. Jahrestag der KPCh in offiziellen Verlautbarungen etwas zu kurz kam, wird um den Jahrestag nur noch wenig Aufhebens gemacht. Nur in den Zeitungen kam der Gedenktag etwas mehr zur Geltung. Die JMJP brachte auf der Titelseite ein großes Bild des Parteivorsitzenden und in roter Schrift die Parolen "Lange lebe die KPCh", "Lange lebe der große Vorsitzende Mao!". Neben dem Bild des Vorsitzenden stehen seine Aussprüche: "Die Kernkraft, die unsere Sache voranbringt, ist die KPCh". "Die unser Denken leitende theoretische Grundlage ist der Marxismus-Leninismus". "Schließt Euch zusammen, um noch größere Siege zu erringen!"

Auf der Titelseite werden außerdem eine große Zahl von Personen vorgestellt, die in neuerer Zeit der KPCh beigetreten sind.

Seit Beginn der Kulturrevolution haben die Organisationen der KP in Peking 60.000 neue Mitglieder zugelassen. 76% davon sind Arbeiter und Arme-sowie Untere Mittelbauern. Frauen sind zu 27% beteiligt. Die Mehrzahl der Neuzugänge setzt sich aus Personen unter 35 Jahren zusammen. Unter den neuen Mitgliedern befinden sich ferner 2.800 "revolutionäre Intellektuelle", die in den Bereichen Kultur, Medizin, Wissenschaft und Erziehung arbeiten (NCNA, 1.7.73).

(25) Weitere Gewerkschaftskongresse

Wie schnell in den letzten Wochen Gewerkschaftsverbände wiederaufgebaut wurden, beweisen folgende Meldungen: Vom 23. Juni bis 3. Juli wurden Gewerkschaftskongresse der Provinzen Kuangtung, Hopei, Kansu, Shantung, Kiangsu, Heilungkiang, Shensi und in der Inneren Mongolei abgehalten (NCNA, 6.7.73). Vom 3. - 22. Juli fand außerdem der 3. Gewerkschaftskongreß der Provinz Liaoning statt (Kuang-ming jih-pao, 16.6.73), und bereits vom 20. - 27. Juni hatten die